

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

242 (16.10.1928) Sozialistisches Jungvolk

Sozialistisches Jungvolk

Nummer 242 / 48. Jahrgang

Beilage des Volksfreund

Karlsruhe, 16. Oktober 1928

Die Lohnbewegung

Im Vordergrund der gewerkschaftlichen Aufgaben steht die Lohnbewegung. In den letzten Wochen sieht man es wieder täglich in den Zeitungen, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Brauereiarbeiter, die Straßenbahner, die Bergarbeiter oder sonst eine Gruppe von Arbeitern machen eine Lohnbewegung. Was heißt das? Natürlich eine Bemühung um Erhöhung des Lohnes. Doch nicht ist die Frage noch nicht geklärt. Unter Lohnbewegung versteht man heute nicht die Bemühungen eines einzelnen Arbeiters, Erhöhung seines Einkommens, sondern die gemeinsamen Bemühungen der Arbeiter, vertreten durch die Gewerkschaften, auf gesetzlicher Grundlage eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Wie geht die Sache praktisch vor sich? Ein Tarifvertrag zwischen den Arbeitern und den Vertretern der Gewerkschaften wird abgeschlossen. In dem letzten Absatz des Tarifvertrages werden neue Forderungen eingetragt. Ueber diese Forderungen finden zunächst Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und den Vertretern der Unternehmer statt. Die Vertreter der Gewerkschaften begründen die höhere Lohnforderung oder die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit. Selbstverständlich gehört zur Begründung einer Lohnforderung oder einer Arbeitszeitverkürzung eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Betrieben.

Auf der anderen Seite müssen die Unternehmervertreter darlegen, daß die Geschäftslage keine gute sei, oder daß starke Verschärfung bald in Aussicht stünde. Sie versuchen nachzuweisen, wenn die neuen Forderungen erfüllt werden müßten, die Konkurrenzfähigkeit der in Betracht kommenden Industrie in Frage gestellt sei.

Aus dem Sinn und der der Verhandlungen, die oft sehr lange dauern, geht es den Arbeitern zu, die sie oft sehr lange unter allen Umständen abgelehnt werden. Im ersten Schritt wird sich herausstellen, wie hoch die Forderungen sind. Die Arbeitgeberseite wird prüfen, ob sie mit den Forderungen der Arbeiter zufrieden sein kann. Es ist möglich, daß, falls beide Seiten einander haben, ein neuer Vertrag sofort abgeschlossen wird. Geht die Vollmacht der Unternehmerseite nicht, so wird die Arbeitgeberseite nicht die Zustimmung ihrer Instanzen, sondern lediglich das Verhandlungsergebnis feststellen, und beide Parteien behalten sich bis zu einem bestimmten Termin eine definitive Erklärung vor.

Die Gewerkschaften berufen die Gewerkschaftsvertreter der Funktionäre oder Mitglieder zusammen und stellen die Meinung der Mitglieder fest.

Im anderen Falle werden die Arbeiter sich natürlich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben. Sie werden entweder zunächst die Arbeitgeberseite anrufen, um einen Schiedsspruch zu veranlassen, den die Arbeitgeberseite auch im unangünstigen Falle ablehnen können, beschließen den Streik. Ein Streik wird aber nur dann beschließen, wenn sich alle Möglichkeiten zu einer anderen Regelung haben, denn selbst wenn der Kampf glücklicherweise ausbleibt, so wird doch ein großer Opfer der Arbeiter und ihrer Familienangehörigen auf sich zu führen.

Eine wesentliche Voraussetzung einer Lohnbewegung ist ein Organisationsverhältnis der Arbeiter. Wir haben in der letzten Zeit mehrere Beispiele dafür gehabt, wie unter einer solchen Bewegung aussetzt. Die Berliner Holzarbeiter sind organisiert, haben durch einen Schiedsspruch ohne weiteren Kampf ihre gesamte Forderung durchgesetzt. Der Kampf stellte bei Abschaffung seines Schiedsspruches selbstständig das gute Organisationsverhältnis in erster Linie in Rechnung. Er wurde genau, im anderen Falle kommt es immer noch her von den Holzarbeitern genommen wird. Auch die Unternehmerseite hatte dieselbe Ueberzeugung, deshalb stimmte sie dem Schiedsspruch ebenfalls zu.

Unter Gruppen haben in der letzten Zeit Schiedssprüche bekommen. Die nur sehr ungenügende Verbesserung für die Arbeiter brachte. Warum? Weil es nicht bekannt war, daß der Kampf Teil der Arbeiterschaft dieser Gruppen nicht organisiert war. Kampf war also nicht zu befürchten. Darum mußten sich diese Arbeiter mit dem unangünstigen Schiedsspruch abfinden. Diese Dinge lehren uns eindringlich, wie notwendig eine gewerkschaftliche Organisation ist. Ohne sie ist an eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft nicht zu denken. Denn also sein ganzes Bestreben und seine ganze Einigkeit für die Stärkung des Verbandes, dient nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch sich selbst und seiner Familie.

Unsere Arbeit

Der Bezirksausschuß der Sozial. Arbeiterjugend befaßte sich in seiner Sitzung am 30. September mit der Winterarbeit in den Kreis- und Ortsvereinen. Die Sozialistische Arbeiterjugend in allen Vereinen bietet sich den Ortsvereinen der Partei zur Unterstützung an der vom 21.-29. Oktober stattfindenden Winterbewegung und möchte an der am 21. Oktober stattfindenden Feier anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der Verkündung des Sozialistengesetzes in nach Kräften mit Gesang, Sprechchor oder Rezitation teilnehmen.

Besondere Beachtung verdient der 10. Jahrestag der Revolution. Die Partei bereits feiern festgelegt, stehen wir zur Organisation der Programme zur Verfügung. In manchen Orten ist es durchaus möglich, daß Partei und Jugend gemeinsam feieren durchzuführen. Dies ist ganz besonders zu empfehlen, wenn keine Gedenkfeier geplant sind und von der S.A.J. nur eine wichtige Frage ist die Gewinnung der an Eltern die die Kinder der Revolutionen. Mit der eigenartigen Agitationsarbeit müssen wir noch dieses Jahr beginnen. Ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Jugend ist durch unsere Mitarbeit an den Ortsvereinen und der Verbände vorhanden, so daß eine für unsere Bewegung günstige Situation besteht und eine systematische Vernehmung der Mitglieder ist in den Ortsvereinen durchaus möglich ist. Zusammen mit dem gemeinsamen Arbeiten mit der Partei muß die gute Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden und deren Familien-Gruppen gehen. Schon jetzt werden einige Gewerkschaften sich denselben als Helfer zur Verfügung stellen. Der Ortsverein sollte bei den „Roten Falken“ ein gern gesehener Helfer sein und der bald das Vertrauen der Kinder besitzt und an Eltern die Überzeugung der „Roten Falken“ reibungslos zu vollbringen.

Rach den Feiern, die möglichst vor Eltern anlässlich der Überführung der „Roten Falken“ zur S.A.J. gemeinsam vor den Kinderfreunden und von uns veranstaltet werden, sollen sich andere Gelegenheiten als Ersatz für die nunmehr wieder bei uns als Helfer in der Jugendgruppen verbleibenden Genossen den Kinderfreunden zur Verfügung stellen. Die Zusammenarbeit vertiefend und die Ueberzeugung für das darauffolgende Jahr vorbereitend.

Der nächste badische Bezirksjugendtag findet Oetern in Freiburg statt. Freiburg wird der Höhepunkt unserer Bewegung sein. Viele der neu zu uns Kommenden werden zum ersten Mal durch die Teilnahme an diesem Jugendtag teilnehmen und werden durch die Bekanntschaft mit den Genossen und durch die Konzentration unserer Arbeit auf die Jüngeren der Bewegung zu richtigen. Nach unserem Verbandsstatut können Mitglieder der S.A.J. nur Jugendliche bis zum 20. Jahre sein. Nach

Vor dem Sozialistengesetz

Von Paul Kampffmeyer.

In das wirkliche Verständnis des Sozialistengesetzes bringt man nur dann ein, wenn man sich einen klaren Begriff von dem Wesen der Sozialdemokratie und von dem Charakter des preussischen Obrigkeitsstaates bildet. Ferdinand Lassalle hatte im Jahre 1863 die Sozialdemokratie als eine revolutionäre Partei im Leben gesehen. Diese letzte sich den Zweck, die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistisch-gesellschaftliche zu ersetzen, und zwar durch das revolutionäre Mittel der politischen Machteroberung durch die Arbeiterklasse. Der Arbeiterstaat sollte den bürgerlichen Klassenstaat ablösen und die Produktionsmittel in den gesellschaftlichen Besitz überführen. Das sozialistische Ziel konnte nur durch die Ueberwindung des bestehenden Staates erreicht werden. Dieser Staat hatte aber in Preußen-Deutschland ein ausgeprochen obrigkeitliches Gepräge. Der „Jouvrnau“ Staatsbürger befand sich in dem ausschlaggebenden Bundesstaate Preußen noch im Keimstadium, er war noch ganz von dem Untertan überhäuft. Das Preussische Abgeordnetenhaus war als gesetzgebende Macht nur ein Faktum neben anderen, die Armee und der ganze Beamtenapparat war königlich. Das Abgeordnetenhaus selbst ruhte auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts. Der Adel behielt in der Verwaltung sein rechtliches, wohl aber noch ein tatsächliches Vortrecht. Justiz und Verwaltung waren durch das Scherment der auf ihnen lastenden Krone stark politisiert. Selbst die entchiedenen bürgerlich-liberalen waren als hohe Regierungsbeamte unmöglich.

Bismarck erkannte nun, daß die politischen und ökonomischen Grundforderungen der Sozialdemokratie hart mit den eigenartigen Existenzbedingungen des preussischen Obrigkeitsstaates zusammenstießen. Diesen Staat selbst sah er als einen festen, nicht umwandlungsfähigen Kristall an. Sein sonst so weittragender Blick erlaubte nicht den ungeheuren revolutionären Prozeß, in dem sich die tragenden Mächte des Staates: die Wirtschaft und die Gesellschaft befanden. Die an sich sehr klaren ökonomischen und politischen Machtmittel des preussischen Staates hatten ihm den falschen Glauben eingegeben, dieser Staat könnte sich gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mächten behaupten und eine aufsteigende soziale Klasse mit Hilfe der Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz niederhalten. Er schickte zuerst die Verwaltung und Justiz gegen die in der Form der Sozialdemokratie aufmarschierende soziale Klasse: gegen die Arbeiterklasse vor. Das Reichsfiskusministerium im Bunde mit dem preussischen Innenministerium drückte auf die sächsische Justiz und ließ den Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht und Springer durch. Am 17. Dezember 1870 werden diese drei Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, die leitenden Männer des „Volksstaats“ verhaftet. In der Person ihrer Führer wird gleichsam schon dieser Partei der Hochverratsprozeß gemacht.

Der Prozeß selbst wird in seiner ganzen Richtung und Form durch den Ausbruch der sozialen Revolution der Pariser Kommune mitbestimmt. Bebel erklärt im Reichstag, der Kommune aufzubrechen sei nur ein heiliges Wort, in dem großen Emigrationskammer der Arbeiterklasse. Krieg, den Vorkäufen, Frieden, Tod der Not und dem Mühsal werde bald der Schlagtrupp des proletarischen sein.

Die blutige Tragödie der Kommune leitete einen allgemeinen Feldzug Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, Oesterreichs, Italiens gegen die Internationale ein, der man schließlich überwiege die Arbeiterklasse an diesem im wesentlichen blaugewässigen Aufstand zuschrieb. Die damalige europäische Aktion, die auf ein Verbot der Presse und Vereinstätigkeit der sozialistischen Internationale lossetzte, wird vor allem von Jules Favre vorwärtsgetrieben. Bismarck selbst sah nun in seinem Kampfe gegen den internationalen Sozialismus weniger an Frankreich als an Oesterreich an. Er vereinbarte in Gastein mit Oesterreich eine Konferenz, die sogenannte österreichisch-preussische Arbeiterkonferenz, in der er seinen Hauptzweck nicht so gegen die internationale, als gerade gegen die deutsche Sozialdemokratie führen will. Am 7. November 1872 tritt diese Konferenz in Berlin zusammen. Bismarck läßt auf dieser preußischen und vereinsgesetzliche Bestimmungen vorschlagen, die die sozialdemokratischen und katholisch-sozialen Mütter und Vereine vollständig verbieten sollen. Bismarck leitete dann im Frühjahr 1873 ein Pressegesetz dem Bundesrat vor, das sich gerade als ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie darstellte. Eine scharfe sozialistische Kritik der Familie, des Eigentums, der staatlichen Ordnung sollte durch die Verlesung der Pressegesetzgebung unmöglich gemacht werden. Der deutsche Kaiser Wilhelm I. nahm selbst wesentlichen Anteil an den Beratungen, die Sozialdemokratie durch ein reaktionäres Presse- und Vereinsgesetz unmöglich zu machen. Am 28. Januar 1876 vertrat der preussische Innenminister Graf zu Eulenburg im Reichstag eine Verschärfung

des § 130 des Strafgesetzbuches, die ebenfalls den Geist eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie atmete. Der verschärfte § 130 lautete nämlich: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verächtliche Klagen der Bevölkerung gegen einander aufreißt, oder wer in gleicher Weise die Anstalten der Ehe, der Familie oder des Eigentums durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft.“ Der neue Paragraph, so behauptete Eulenburg, der preussische Innenminister, erwiebe sich als notwendig, sollte es nicht dazu kommen, daß die Hinte schießt und der Säbel haut.“ Diesen Antritt der Reichsregierung auf die staatsbürgerliche Freiheit der Kritik schlug der Deutsche Reichstag mit überwältigender Mehrheit ab.

Die preussische Regierung besann sich nun auf ihre polizeilichen Machtmittel zur Niederhaltung der Sozialdemokratie. Das reaktionäre Vereinsgesetz wurde in ganz einseitig-parteilicher Form angewendet, um die lokalen Mittelbedürfnisse des von Lassalle gegründeten Arbeitervereins aufzulösen. Den Regierungspräsidenten schickte ministerielle Zirkulare die strengste Anwendung der Gesetze ein. Vereinsämter gegen sozialdemokratische Parteiorganisationen und Reichstagsmitglieder wurden von dem Justizminister Preußens verhaftet und ermunterten die Staatsanwälte und Richter zu den gewalttätigsten Auslegungen der bestehenden Gesetze. Und so wurden denn Verwaltung und Justiz in geradezu empörender Weise politisiert. Der Kampf der Regierung und Gerichte gegen die Sozialdemokratie entwickelte sich zu einem politischen Machtkampf.

Diese Partei wuchs mit der mächtig aufstrebenden Kapitalwirtschaft und der Klassenzerklüftung der Gründerjahre rief in die Breite und Tiefe. Die Ausplünderung ganzer Volksklassen durch die betrügerische Gründerwirtschaft kritisierte eindringlicher und wirksamer das kapitalistische Eigentum als irgendeine scharfe sozialdemokratische Druckschrift oder eine agitatorische Rede. Die Sozialdemokraten erhielten bei der Reichstagswahl 1874 351 670 Stimmen, davon die Eisenacher (die Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 171 351 und die Lassalleaner (der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein) 180 319 Stimmen. Die Geschicklichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Deutschlands vermittelte den Arbeitern kräftige und einheitliche sozialkritische Anschauungen. Diese nahmen den beiden sozialdemokratischen Richtungen mehr und mehr den Sektenscharakter. Dazu kam, daß der Staat die gleichen Waffen gegen beide Parteien richtete. Der Staatsanwalt Eisenacher löste sowohl die Eisenacher wie die Lassalle'sche Organisation auf. Beide Parteien sahen sich dem gleichen Feinde gegenüber, und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind einte taktisch und theoretisch die Lassalleaner und Eisenacher. In Gotha gaben sie sich in den Maitagen 1875 eine einheitliche Organisation und ein einheitliches Programm.

Die Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien zu einer Klassenpartei verbannte den Verlogenheitsseifer des preussischen obrigkeitlichen Oligarchen gegen die Sozialdemokratie. Der Staatsanwalt Eisenacher geriet in die Organisation der Arbeiterpartei und erklärte jeder zentralistischen Organisation den Krieg. Trotz aller staatsanwaltschaftlichen Eingriffe in das Vereins- und Freileben der Sozialdemokratie schickte diese Partei mächtig empor. Sie vereinigte bei der Reichstagswahl 1877 493 447 Stimmen auf ihre Kandidaten.

Die wachsende, gesetzlich arbeitende sozialdemokratische Massenpartei heurubigte im hohen Maße die deutschen Bundesregierungen. Schon vor den Wahlen erhoben einflussreiche Regierungsbeamte, der preussische Handelsminister, der sächsische Kultusminister und der Oberpräsident von Schlesien ihre Stimmen für ein Sozialistengesetz, für ein politisches Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie. Die bloße Existenz der Sozialdemokratie wird von ihnen als unvereinbar mit der Idee und mit dem Zweck des Staates empfunden.

Am 11. Mai 1878 gibt S. D. B. in Berlin Unter den Linden eine Schilling in der Nähe des Kaisers ab, die so unüberlegt abgefeuert wurden, daß sie eigentlich nicht den Eindruck eines ernsthaften Attentats auf Wilhelm I. machten. Am 2. Juni 1878 richtete Dr. Karl Köhling seine Schrotflinte auf Wilhelm I. und vermundete ihn schwer. Die Stichbürgerrecht vor den sozialdemokratischen „Königsmördern“ benutzt Bismarck, um sich durch eine Auflösung des Reichstages eine gefällige Mehrheit zu schaffen. Die liberalen Fraktionen verloren bei den Wahlen etwa 40 Mandate auf Kosten der konfessionellen Parteien. Die Sozialdemokratie bildete über 50 000 Stimmen ein, sie erhielt 437 158 Stimmen. Die Nationalliberalen, früher Gegner des Sozialistengesetzes, fielen um, und so konnte dann Bismarck im Herbst 1878 sein schuldhaftigste Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchsetzen, dessen Auswirkung schon mehrmals Erwähnung fand.

Vollendung des 20. Lebensjahres scheidet das Mitglied, sofern es nicht s. B. eine Funktion bekleidet, aus.“ Der über 20jährige hat nun die Pflicht, seine in der Sozialistischen Arbeiterjugend gesammelten Kräfte in den Dienst der Partei und der Gewerkschaft zu stellen. Reiden ist ein gesellter Nachwuchs sehr erlerndlich. Die Genossen und Genossinnen werden nicht nur eine freundliche Aufnahme, sondern bei positiver Mitarbeit ein reiches Betätigungsfeld finden. Gerade während der Werbeweche der Partei ist eine günstige Gelegenheit geboten, die Parteimitgliedschaft zu erwerben und sich der Sozialdemokratie einzureihen.

Neuerlich schwierig ist die Lösung der Verträge. Durch die Ueberführung der Älteren aus der S.A.J. zur Partei allein kam eine unangenehme Veränderung in diesem Punkte nicht erwartet werden. Eines aber heißt fest: Die Funktion des Leiters erhöht durch die Tatsache, daß nur mit 14-17- und 17-20jährigen beschäftigten zu müssen, eine wesentliche Erleichterung. Bei der Behandlung und Durchführung dieser Fragen entsteht den Kreisleitungen insofern eine Aufgabe, als sie für die Führungsnahme der einzelnen Ortsvereine untereinander, sei es durch Kurse für Funktionäre und durch gemeinsame Vorbereiten einer Sozialfrage, sei es durch Beratungen, die alle Mitglieder der Ortsvereine eines Kreises zusammenzuführen, in weit höherem Maße als bisher zu sorgen haben.

Die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, und die Schwierigkeiten, die uns bei der Arbeit entstehen, werden dann zu der schon oft angezeigten Leiter-Korrespondenz führen und darin ihren Niederschlag haben.

Verschiedenes

Schöns erste schwimmende Jugendherberge

Stellt ein nach umfangreichen baulichen Veränderungen aus einer alten Kirche entstandenes Herbergsheim dar, das gegenwärtig seinen Platz in der sächsischen Schweiz bei Königstein hat. An den beiden Seiten des 55,5 Meter langen und 7,50 Meter breiten Schiffes befindet sich ein Eingang, in der Mitte der Längsraum. Zum Bug hin liegt der Mädchenklubraum mit 30 Betten, Führertafel, Treppenhalle, Aborte, Waschküchen, Küche, Bekleidungsraum;

zum Heck der Burghenschlafraum mit 40 Betten, Führertafel, Aborte und Waschküchen. Alle Innenräume sind mit Holz verkleidet und farbig lackiert. In allen Räumen ist elektrisches Licht vorhanden, das durch einen kleinen Motor erzeugt wird. Das Wasserversorgung wird mittels einer Handpumpe aus der Elbe gezogen, Trinkwasser wird vom Land aus aufgeführt. Eine große Freifläche auf Deck bietet Raum zum Spielen. Die gesamte Einrichtung ist in hochmoderner zweifelhafte Form ausgeführt.

Die schwimmende Jugendherberge ist in erster Linie den Wasserwanderern suածած, gleichseitig aber auch für Ferienfahrten bestimmt. Mit dieser neuartigen Einrichtung hat der Freizeitsport Sachsen einem vielfachen Bedürfnis abgeholfen und der wandernden Jugend abermals ein vorzügliches Heim zur Verfügung gestellt, das sicherlich recht schnell viele Freunde bei sich haben wird.

Wochenprogramm der S. A. J.

Karlsruhe, Dienstag: Ältere Gruppe punkt 8 Uhr im Jugendheim, Vortrag über die „Reichsverfassung“. Diejenigen, welche im Besitze derselben sind, werden ersucht, sie mitzubringen. Mittwoch: Funktionärstag im Waldheim. Abends: Vortrag: „Die Sozialdemokratie“. Donnerstag: Groß-Karlsruhe: Probe zur Festschule in der Turnhalle der Südschule. Die Mädel, die bisher den Proben fernblieben, werden ersucht, ebenfalls zu erscheinen. Pünktlich sein! Montagabend 8 Uhr, in der Festhalle Probe zur Revolutionssfeier. Treffpunkt 8 Uhr am Bierordibad. Keine Gutmacht, Bibliothekstunde jeweils Freitag von 8-9 Uhr im Waldheim.

Durlach, Mittwoch: Körperübungen. Donnerstag: Arbeitsgemeinschaft. Montag: Schuaglerabend. Göttingen, Donnerstag, 18. Okt.: Politischer Abend (Sozialistengesetz). Sonntag, 21. Okt.: Begegnung an der SPD-Fest. Bruchsal, Donnerstag, 18. Okt.: Versammlung in der Städt. Festhalle Bruchsal. 1. Politischer Rückblick von Gen. Deder. 2. Arbeitsgemeinschaft. 3. Gesangsprobe. Vollständiges Erscheinen erbeten. Rastatt, Donnerstag, 18. Okt.: Sprechchor-Übung und Liebesabend. Montag, 22. Okt.: Körperübungen. Es wird gebeten, daß alle Genossinnen und Genossen punkt 8 Uhr erscheinen.

Rotenfels, Donnerstag: Fragestundeabend. Freitag: Theaterprobe für die Herbstfeier. Rastatt wird am Donnerstag bekannt gegeben. Sonntag: morgens pünktlich 9 Uhr Musikprobe. Montag: Gymnastik.